

Politik III/2

Hannover, 5. Januar 1948

Die Säuberung der bizonalen Verwaltung

Von Herbert Kriedemann, Hannover

Die britische und die amerikanische Militärregierung haben den Frankfurter Wirtschaftsrat ausdrücklich auf seine Verantwortung für den Aufbau einer politisch einwandfreien Verwaltung für seinen Bereich aufmerksam gemacht. Deshalb hat der Wirtschaftsrat eine fünfköpfige Prüfungskommission gebildet, die die höheren Beamten überprüft, während subalterne Beamte durch einen Ausschuss beim Exekutivrat beurteilt werden. Diese Prüfungen werden nach vom Wirtschaftsrat beschlossenen Richtlinien durchgeführt. Wer nicht als geeignet erscheint, kann von den Behördenchefs - falls sie etwa aus sachlichen Gründen trotzdem auf den betreffenden Wert legen - eine Ausnahmegenehmigung durch den Hauptausschuss des Wirtschaftsrates erhalten. Das ist inzwischen in mehreren Fällen geschehen - mit wechselnden Ergebnissen. Für die grosse Zahl der Beamten und Angestellten in den Ämtern steht die Entscheidung noch aus.

Natürlich sind auch Kräfte am Werke, die die politische Prüfung als eine unbillige Härte für die Betroffenen darstellen. Es wird darauf hingewiesen, dass die meisten von ihnen bereits früher durch andere Ausschüsse überprüft und eingestuft worden sind. Leider sind die Verfahren - und die Maßstäbe - in den einzelnen Zonen so verschieden, dass eine gleichmässige Bewertung der Einstufungen ein Gebot der Gerechtigkeit ist. Ausserdem sind unter lokalen oder persönlichen Gesichtspunkten manche Entnazifizierungsbescheide erteilt worden, die für zentrale Ämter nicht ohne weiteres anerkannt werden können, wenn man den Begriff "politisch und demokratisch einwandfrei" ernst und weit genug nimmt. Es gibt eine Sorte von Karokraten, die nicht erst formal in die Nazi-partei einzutreten brauchten, um zu Verrätern an der Demokratie - der sie immerhin einmal Treue geschworen hatten - zu werden. Sie haben vielmehr ihren Eid schon vor dem Eintritt in die Partei gebrochen, als sie durch ihre Sabotage der Republik den Nazis den Weg bereiteten. Gegenüber dieser Schuld kann das Eintrittsdatum für eine Beurteilung allein nicht zugrunde gelegt werden. Würde man dies vergessen, dann würde man die entscheidenden Stellen in der Verwaltung wieder jenen Leuten ausliefern, die schon einmal vor der Diktatur kapituliert haben.

Merkwürdig sind unter solchen Umständen die Versuche, die die in der bizonalen Verwaltung massgebenden Kreise unternehmen, um ihre Schutzlinie durchzubringen. Bekanntlich ist die CDU/CSU die Regierungspartei und alle Direktoren gehören ihr an oder sind Männer ihres Vertrauens. Während man gleich bereit war, eine politische Bereinigung im Sinne der neuen Herren durchzuführen, indem man bis auf zwei Ausnahmen - die auch noch nicht entschieden sind - alle Sozialdemokraten in führenden Stellungen umschiffte,

wurden allerlei Winkelzüge unternommen, um eine echte politische Bereinigung zu verhindern.

In einigen Verwaltungen verschwand "gefährdete" Leute aus den Stellungen der Abteilungsleiter und wurden als harmlose Referenten oder Sachbearbeiter deklariert. Ganz aussichtslose Fälle wurden zu gelegentlichen Mitarbeitern, die überhaupt nicht überprüft zu werden brauchten. Zugleich blieben die verantwortlichen Stellen unbesetzt, angeblich weil unbelastete Leute mit entsprechender fachlicher Eignung nicht vorhanden waren - in Wirklichkeit, um die Plätze freizuhalten, bis sich der scharfe Wind gelegt haben würde. Andere Verwaltungen verweigerten die Vorlage der notwendigen Unterlagen aus den Personalakten und eine von ihnen machte sogar geltend, dass alle ihre Leute ohne Überprüfung zu übernehmen seien.

Ein beliebtes Argument ist, dass es für die eine oder andere Stellung eben nur diesen einen Mann gäbe und sein Ausscheiden würde sozusagen einen Zusammenbruch der betreffenden Abteilungen bedeuten. Man tut so, als wenn die von altersher geltenden Laufbahnvorschriften Naturgesetze seien und schneidet damit allen, die in einer anderen Stelle zeigen könnten, dass sie zu mehr befähigt sind, alle Aufstiegsmöglichkeiten ab. Zugleich verhindert man die soziologische Erneuerung der Verwaltung, die gerade heute in keinem Lande der Welt so notwendig ist wie in Deutschland.

Die Verschleppungstaktik hat dem Wirtschaftsrat bzw. der dafür verantwortlichen Mehrheit eine peinliche Belehrung von den Militärregierungen eingetragen. Für eine Reihe von führenden Beamten und Angestellten, deren Prüfungsunterlagen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden, musste eine Fristverlängerung beantragt werden. Dieser Antrag wurde von den amerikanisch-britischen Stellen abgelehnt und es wurde verfügt: "Höhere Angestellte, die bis jetzt nicht vom Wirtschaftsrat bestätigt worden sind, müssen sofort den Dienst beenden."

Die SPD-Fraktion wird den weiteren Gang der Dinge aufmerksam verfolgen, indem sie von den Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung ausgiebig Gebrauch macht. Dies wird wesentlich zur Entwicklung und festen Verankerung der Demokratie in Deutschland beitragen - viel mehr, als eine bloss formale Entnazifizierung nach dem Eintrittsdatum.

Wie die SED-Presse informiert

Die SED-Presse ergiesst sich, ausgestattet mit unbeschränkten Papiermengen, wie eine Flut über die Ostzone. Riesige Mengen davon werden ausserdem meist gratis in die Westzonen verschickt. Ihre Hauptaufgabe sehen die Presseerzeugnisse neben der Glorifizierung alles Russischen in einer geradezu fanatischen Hetze gegen den Westen. Wie dabei die Leser "informiert" werden, sei an der Durchsicht einer Nummer des Zentralorgans der SED "Neues Deutschland" vom 20. Dezember 1947 gezeigt. Neben den vom "ND" bewusst vergrößerten oder falsch kommentierten Meldungen ist die Methode beliebt, offenkundig falsche Sensationsmeldungen aus meist sehr zweifelhaften Zeitungen des Auslandes bruchstückweise zu zitieren, wenn sie in den SED-Plan passen.

5. Januar 1947

Auf der ersten Seite des erwähnten "ND" meldet TASS, die russische Nachrichtenagentur, unter der zweispaltigen Überschrift "Arbeitslosigkeit unerwünscht" aus Wien (!), der "Korrespondent" Peter Whitney (Wer ist das?) melde aus Washington, dass amtliche Kreise der USA nach einer Methode zur Aufrechterhaltung der Arbeitslosigkeit suchen. Mangels amtlicher Quellen werden die beliebten "gutunterrichteten Kreise" herangezogen. Es heisst da: "Nach Berichten aus sehr gut unterrichteten Kreisen machten offizielle Wirtschaftsberater Truman den Vorschlag, Arbeitslosigkeit künstlich hervorzurufen... Trumans Ratgeber äusserten sich privat, dass eine gewisse Arbeitslosigkeit die Arbeiter verhindern wird, höhere Löhne zu fordern."

Unter "Polen wollen in die Heimat" berichtet "ND" weiter auf Seite eins aus Bochum, dass über tausend von den Nazis verschleppte Polen an der Rückkehr nach Polen gehindert worden seien und nun von der britischen Militärregierung energisch ihre Rückkehr fordern. Tatsache ist, dass seit mehr als einem Jahr jeder verschleppte Pole, der zurück will, längst in Polen sein kann.

"Gewerkschaften unbeliebt" heisst eine Notiz auf der zweiten Seite, wonach der Kreisgeschäftsführer Zöllner auf einer DGB-Konferenz in Nienburg sich über die Regierung (welche, erfährt man nicht) beschwert hätte, weil sie den Gewerkschaften keine Möglichkeit zur Mitarbeit in der Ernährungsfrage gebe. Tatsache: Die "DGB-Konferenz" war eine Sitzung des Bundesvorstandes am 12. Dezember. Dem Vorstand gehört aber kein Mann namens Zöllner an.

Auf Seite vier bringt "ND" unter "Wirtschaft" einen Bericht aus Westdeutschland. Da wird ein Vorschlag von Schlange-Schönningen, die Bauern sollten sich genossenschaftlich organisieren, um gemeinsam eine bessere Anschaffung und Ausnutzung von landwirtschaftlichen Maschinen zu ermöglichen, dahin ausgelegt, Schlange-Schönningen wolle dadurch "mit Hilfe der zusammengesetzten Maschinen und Geräte der Junker die Bauern in Abhängigkeit der Junker bringen, um somit das grosse Bauernjagen (!) organisiert durchzuführen. ale

Neugruppierung der französischen Gewerkschaften

A.P. Paris, Anfang Januar

Die Politisierung der französischen Gewerkschaften im kommunistischen Sinne ist misslungen, aber dieser Sieg des gesunden Menschenverstandes wurde von der Arbeiterschaft mit einem hohen Preis bezahlt: dem Zerfall eines mächtigen Gewerkschaftsverbandes, der in den ersten Nachkriegsjahren bis zu sieben Millionen Mitglieder zählte. So erfreulich auch im französischen und europäischen Interesse die Loslösung der Arbeiter Frankreichs vom kommunistischen Einfluss ist, so bedauerlich ist der Niedergang und die Spaltung ihrer einst tonangebenden Berufsvertretung.

Die nunmehr ausschliesslich kommunistische Confédération Générale du Travail (C.G.T.) bemüht sich, ihre bisherigen Mitglieder zu behalten. Die

tatsächliche Lage, die man erst nach Beendigung der begonnenen Bestätigungsaufnahme in einigen Wochen erkennen wird, dürfte weniger hoffnungsvoll sein als die allen zahlreichen Erklärungen der kommunistischen Gewerkschaftsführer.

Die bisherige Minderheit der C.G.T., bekanntgeworden unter dem Namen "Force Ouvrière", muss mit sehr bescheidenen Mitteln im ganzen Lande eine neue Gewerkschaftsorganisation ins Leben rufen. Der erste Landeskongress wird in Februar in Paris stattfinden. Dieser Kongress hat über die Organisation und das Programm der neuen Gewerkschaft, die sich bis auf weiteres "C.G.T. - Force Ouvrière" nennt, zu entscheiden. Die wichtigsten Programmpunkte liegen bereits fest: Vertretung der Arbeiterinteressen, Unabhängigkeit von allen Parteien, streng demokratische Organisation.

Der Zersetzungsprozess der alten C.G.T. hat vor rund einem Jahr begonnen. In den letzten Monaten schon hatten sich eine Reihe kleinerer Gewerkschaftsverbände gebildet, u.a. die Confédération Nationale du Travail (C.N.T.), die zu Anfang in der Metallindustrie einen überraschend grossen Erfolg hatte, aber sehr schnell an Schlagkraft verlor, wohl hauptsächlich, weil es ihr nicht gelungen war, sich einem starken, anarchistischen Einfluss zu entziehen. Es entstanden ferner, besonders in den letzten drei Monaten, zahlreiche sogenannte autonome Gewerkschaften, deren Tätigkeit sich auf einzelne Berufsgruppen beschränkte, wie z.B. die Post, die Eisenbahn, die Metallindustrie, usw., die aber im Dezember 1947 ein gemeinsamen nationalen Koordinationsausschuss gegründet haben.

Schliesslich müssen die auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblickende und ungefähr eine Million Mitglieder zählenden Christlichen Gewerkschaften (C.F.T.C.) erwähnt werden.

Diese Zersplitterung des Gewerkschaftswesens kann auf die Dauer aus finanziellen, organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen nicht aufrecht erhalten werden. Force Ouvrière bemüht sich daher, zu einem Sammelbecken derjenigen zu werden, die jede politisierte Arbeiterinteressenvertretung ablehnen. Schwierigkeiten werden sich bei einigen Gruppen anarchistischer, trotzkistischer oder korporativer Tendenz ergeben, aber das Schicksal der C.N.T. hat schon bewiesen, dass diese Verbände nur geringe Bedeutung zu erringen vermögen.

Von schwerwiegender Bedeutung sind die zukünftigen Beziehungen zwischen Force Ouvrière und Christlichen Gewerkschaften. Beide Bewegungen werden kaum durch grundsätzliche Fragen getrennt. Die C.F.T.C. hat wiederholt zu verstehen gegeben, dass sie weder an eine Partei noch an eine Kirche gebunden ist. Sie beruft sich lediglich auf die sozialen Gedanken der Enzyklika "Humani Generis" Leos XIII. Der organisatorische Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften ist umso zahnliegender, als sie dazu berufen sind, gewissermassen die Massengrundlage für die politische "Dritte Kraft", die heutige Regierungskoalition, zu stellen. Aber der Wunsch, die Gewerkschaften vor den geringsten Verzicht politischer Abhängigkeit zu bewahren, wird die zu sich natürliche Entwicklung verzögern müssen. In nächster Zukunft ist daher eher mit einer engen Aktionsgemeinschaft zwischen Force Ouvrière und C.F.T.C. zu rechnen als mit einer ausgesprochenen Verschmelzung. - Es ist zu früh, um von dem wahrscheinlichen Kräfteverhältnis der verschiedenen Gruppen zu sprechen. Wenn es Force Ouvrière gelingt, zum Sammelbecken der zahlreichen autonomen Gruppen zu werden, dann dürfte ihre Mitgliederzahl bald diejenige der kommunistischen Gewerkschaftszentrale nicht unwesentlich übersteigen.

9. Januar 1947

Zahlen aus dem NWDR

Der Nordwestdeutsche Rundfunk lebt finanziell ausschliesslich davon, dass jeder Besitzer eines Rundfunkapparates allmonatlich zwei Mark Rundfunkgebühr entrichtet. Das ergibt, bei ungefähr drei Millionen schallenden Hörern in der britischen Zone, abzüglich einer an die Postverwaltung zu zahlende Erhebungsgebühr, rund gerechnet 60 bis 70 Mill. RM. jährl. Die Öffentlichkeit hat somit als alleiniger Finanzier des NWDR wohl auch das Recht, in die Finanzgebarung dieses Instituts Einsicht zu nehmen.

Sehr interessant sind dabei die Personalkosten. Sie sind von Jahr zu Jahr durch eine sprunghafte Aufwärtsbewegung gekennzeichnet. So betragen die Personalkosten in April 1946 RM. 274.000,-- in November 1946 RM. 432.000,-- in März 1947 RM. 540.000,--. Im Mai 1946 ergab sich bei insgesamt 710 Angestellten ein Durchschnitt von je 330,- pro Kopf, in März 1947 bei insgesamt 953 Angestellten von RM. 565,- pro Kopf. 77 Angestellte des NWDR beziehen monatlich über RM. 1.000,-- mit zusammen 93.650,-- RM. Zum Vergleich die Gehälter der Lohnempfänger: Heizer (monatl.) RM. 300,-- Wächter 270,-, Schlosser 325,-, Tischler 350,-, Pförtner 275,-- bei allen abzüglich 30,- RM. monatliche Schichtzulage.

In festen Angestelltenverhältnis beschäftigt der NWDR 273 Musiker mit einem Grundgehalt von RM. 800,-- bis 1.000,-- monatlich. Daneben werden (nicht nur bei Musikern) Kleider-, Instrumentengelder und Kinderzulagen, oder für Neben- oder solistische Leistungen nach Sonderhonorare gezahlt, die meist zwischen RM. 250,-- und 500,-- schwanken, mitunter auch RM. 1.000,-- erreichen. Neben den fest angestellten Musikern kommen häufig andere freie Orchester zum Einsatz, die den Haushalt jährlich mit RM. 480.000,-- belasten. Ein Komponist erhielt in Jahre 1946 für 150 Arrangements (hauptsächlich amerikanische Tanzschlager) RM. 54.000,--. Im gleichen Zeitraum erhielt er vom Sender Köln RM. 34.300,--.

Der Posten "Reisekosten und Spesen" figuriert im Rechnungsjahr 1946 mit RM. 143.000,--. Nicht immer war die dienstliche Notwendigkeit der Reisen nachprüfbar. Bei einem Besuch von Herren des DRG London wurden bei zehn Flaschen Sektwein RM. 1.500,-- als Repräsentationskosten verbucht.

Es ist errechnet worden, dass der Haushalt des NWDR Einsparungsmöglichkeiten von insgesamt RM. 7.300.000,-- bietet.

10.000 t Fleisch verderben

In Bayern sind, wie wir zuverlässig erfahren, im Jahre 1946 10.000 t Fleisch dadurch verderben, dass die Schlachtungen bei inoffiziellen Stellen und kleinen Fleischern erfolgten und Verluste durch unsachgemässe Behandlung entstanden, die auf Mängel der technischen Einrichtung zurückzuführen sind. In dieser Menge ist die Schwarzschlachtung nicht einbegriffen. 10.000 t Fleisch reichen für den Jahresbedarf von 2.000.000 Einwohnern bei den gegenwärtigen Konsummengen aus. Die in Bayern aus gleichen Gründen im Jahre 1947 verderbenen und vernichteten Mengen Fleisch werden noch höher geschätzt.

Vorschläge zum Flüchtlingsproblem

Alle bisher unternommenen Versuche, das Flüchtlingsproblem befriedigend zu lösen, dürfen heute als ungenügend angesehen werden. Weder das jetzt in Niedersachsen in Kraft getretene Flüchtlingsbedarfsgesetz noch andere Notbehelfsmassnahmen in anderen Ländern können eine Lösung bringen. Auch der begreifliche, von Flüchtlingen wie von Stammeinwohnern immer wieder vorgebrachte Wunsch nach baldmöglichster Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat wird auf absehbare Zeit, vielleicht für immer, ein frommer Wunsch bleiben. Demgegenüber gibt es nur eine Lösung: die Sesshaftmachung der Flüchtlinge.

Diese Sesshaftmachung kann unter den gegebenen Verhältnissen nur schrittweise vor sich gehen. Aber sie kann in sehr vielen Fällen mit ein wenig mehr Schwung vorangetrieben werden. Das System der Zuzugssperren wird eine Auflockerung erfahren müssen, wo es sich um die Sesshaftmachung von Arbeitskräften handelt. Es leben noch heute zahlreiche Landwirte mit ihren Familien im Gebirge, wo es keine Landwirtschaft gibt. Sie verdienen ihr Geld als Waldarbeiter, in Sägewerken, jedenfalls in Fremdberufen, in denen sie nie sesshaft werden. Umgekehrt arbeitet noch mancher wertvolle Industriearbeiter als Hilfskraft in der Landwirtschaft, weil diese ihm und seiner Familie einige zusätzliche Kalorien gewährt. Auch diese Kategorie wird und kann in ihrem Tagelöhnerdasein niemals sesshaft werden. Durch einen planvoll geleiteten Austausch solcher Menschenkräfte könnte sehr wohl das Ziel der wünschenswerten Sesshaftmachung erreicht werden.

Der Wohnungsbau muss stärker vorangetrieben werden. Wo die behördliche Planung versagt, wird die private Initiative einzugreifen haben. Ansätze dazu sind erkennbar. Erst kürzlich suchte ein grosses Ziegelwerk Flüchtlinge als Arbeitskräfte. Ausser der normalen Bezahlung wurde versprochen: "Unterbringung der gesamten Familie in Werks- und Siedlungshäuschen, die 1948 erstellt werden."

Aber selbst dort, wo an Wohnungsbau in nennenswertem Umfang nicht zu denken ist, kann auf andere Weise die Sesshaftmachung betrieben werden, und sei es nur durch ein mehr oder minder umfangreiches Möbelbeschaffungsprogramm. Im Harz sind derartige Versuche unternommen worden. Mit Hilfe von Holz, das der Forstverwaltung zum Selbsteinschlag freigegeben wurde, konnte eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingsfamilien bereits wieder in den Besitz eines eigenen Schlafzimmers gebracht werden. Daneben laufen die Aktionen einzelner Landesflüchtlingsämter, die - wie etwa Braunschweig - 40% der Möbel an mobillose Flüchtlinge kostenlos, 60% an erwerbstätige Flüchtlinge gegen Bezahlung abgeben. Mit dem eigenen Tisch und Stuhl beginnt die Sesshaftmachung der Millionenmassen, die schuldlos von Haus und Hof vertrieben, in Laufe des Jahres 1948 wieder zu vollwertigen Mitgliedern der deutschen Volksgemeinschaft werden müssen.

H.U.

Verantwortlich: Peter Tausch